

**Zuwendungsvertrag
über Machbarkeitsuntersuchungen für das Gründungsbauwerk auf Grundlage des
Eckpunktepapiers zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, der DB InfraGO
Aktiengesellschaft und der ProHa Altona GmbH & Co. KG vom 31. Januar 2024**

zwischen der

1. Freien und Hansestadt Hamburg

vertreten durch die Behörde für Verkehr und Mobilitätswende,
Amt Verkehr, Abteilung Infrastruktur Schiene

- nachfolgend "FHH" genannt -

und der

2. ProHa Altona GmbH & Co. KG,

vertreten durch die alleinvertretungsberechtigte Komplementärin, die ProHa Altona
Verwaltung GmbH,

diese wiederum vertreten durch ihre gemeinschaftlich vertretungsbefugten
Geschäftsführer Dennis Barth und Harald Hempen

- nachfolgend "ProHa" genannt -

- 1. und 2. nachfolgend gemeinsam "Vertragsparteien" genannt -

Präambel

Die DB InfraGO Aktiengesellschaft (im Folgenden DB InfraGO) errichtet derzeit einen neuen Fern- und Regionalbahnhof Hamburg-Altona am Standort des bisherigen Haltepunkts Diebsteich. Die ProHa plant die Errichtung eines Gebäudes östlich der Bahngleise am Fern- und Regionalbahnhof Hamburg-Altona. In dieses Gebäude (im Folgenden: "Mehrzweckgebäude") sollen Teile der Bahnhofsanlage integriert werden.

Im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland, Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) und der FHH hat die DB Netz AG auf der Grundlage der vom BMDV beauftragten "Konzeptstudie Zweiter S-Bahn-Tunnel Hamburg" eine "BIM-Machbarkeitsstudie für einen Verbindungsbahnentlastungstunnel (VET) in Hamburg" erstellt. Die vertiefte Untersuchung der Realisierung einer viergleisigen S-Bahnstation in Tieflage östlich des neuen Fern- und Regionalbahnhofs wird dort vom Planer als Variante IIIa empfohlen. Die DB InfraGO, Hamburg und die ProHa gehen deshalb gemeinsam davon aus, dass nach Fertigstellung des Fern- und Regionalbahnhofs Altona eine zusätzliche S-Bahnhaltestelle mit vier Gleisen und zwei Mittelbahnsteigen für den VET errichtet werden wird. Im Zusammenhang mit der Bahnhofsverlegung ordnet Hamburg das umliegende Stadtquartier am Diebsteich

neu. Auf dem direkt östlich an den Bahnhof angrenzenden Thyssen-Krupp-Areal ist auch das auf dem "Baufeld West" neu geplante Bürogebäude von der Errichtung des neuen unterirdischen S-Bahnhofs betroffen, sodass eine Anpassung beider Planungen erforderlich ist. Derzeit gehen die Beteiligten davon aus, dass sowohl das Mehrzweckgebäude, als auch die Bebauung auf dem Baufeld West fertig gestellt sind, bevor mit dem möglichen Bau eines neuen VET begonnen werden kann.

Um zu vermeiden, dass die mögliche Herstellung eines künftigen VET S-Bahnhofs eine vollständige oder teilweise Beseitigung oder wesentliche Beeinträchtigung des Mehrzweckgebäudes und der Bebauung des Baufeldes West erforderlich macht - soweit dies überhaupt rechtlich möglich ist - , soll vorlaufend zu dem Mehrzweckgebäude und dem Baufeld West ein Gründungsbauwerk errichtet werden, das so dimensioniert ist, dass eine möglicherweise später zu errichtende S-Bahnanlage in den entsprechenden Baukörper eingebaut werden kann. Dieses Gründungsbauwerk soll unverzüglich vor der Planung des Mehrzweckgebäudes geplant werden, sowie so früh wie möglich, nach der Inbetriebnahme des Fern- und Regionalbahnhofs Altona, ein östlicher Zugang zu den Bahnanlagen sichergestellt werden. Die Beteiligten waren sich weiter darüber einig, dass die Planung und Realisierung des Gründungsbauwerks wegen des engen Zusammenhangs zum Mehrzweckgebäude und der bestehenden Sach- und Vertragslage nur in Regie der ProHa erfolgen kann (Alleinstellungsmerkmal) sowie durch eine eigene Projektgesellschaft der ProHa umgesetzt werden soll. Über die weitere mögliche Vorgehensweise haben die FHH, die DB InfraGO und die ProHa mit Datum vom 31. Januar 2024 ein Eckpunktepapier unterzeichnet. Auf dieser Grundlage sollen die notwendigen vertraglichen Vereinbarungen erarbeitet und den jeweils verantwortlichen Gremien zur Entscheidung unterbreitet werden.

Die ProHa sollte demnach das Gründungsbauwerk einschließlich der Technik- und Verkehrsflächen unter Beachtung der planerischen Vorgaben der DB InfraGO und Hamburgs in eigener Verantwortung planen und errichten. Sie soll zu diesem Zweck eine eigene Gesellschaft mit beschränkter Haftung (im Folgenden: "Projektgesellschaft") errichten, der sämtliche Rechte zustehen sollen und die sämtliche Aufgaben jeweils in Bezug auf das zu errichtende Gründungsbauwerk übernehmen soll. Die Vertragsparteien werden den Gründungszeitpunkt der Projektgesellschaft und die von dieser zu erbringenden Leistungen noch abstimmen.

Da der Aufwand für das Gründungsbauwerk deutlich über die Dimension hinausgeht, die Geschäftsgrundlage der bestehenden vertraglichen Vereinbarungen zwischen der FHH und ProHa war, ist beabsichtigt, dass die FHH die Projektgesellschaft bei der Finanzierung der zusätzlichen Planungs- und Realisierungskosten sowie der Kosten der zusätzlichen Grundstücksnutzung des Gründungsbauwerks unterstützt.

Die seit der Unterzeichnung des Eckpunktepapiers erfolgten Abstimmungen zwischen der FHH, DB InfraGO und ProHa haben ergeben, dass zum einen der im Eckpunktepapier vorgesehene Zeitplan bezüglich der Umsetzung der vorgesehenen vertraglichen Vereinbarungen und zum anderen das Vorgehen bei der Planung des Gründungsbauwerks nur modifiziert erfolgen können. Beabsichtigt ist nunmehr, dass die DB InfraGO die Vorplanungen (Leistungsphasen 1 und 2) für das Gründungsbauwerk am Diebsteich vornimmt, sodass die durch die ProHa zu gründende Projektgesellschaft Planungsleistungen, bis Beginn der Leistungsphase 3 des Gründungsbauwerkes, nicht mehr durchführen bzw. beauftragen wird. Da damit das verabredete Vertragswerk erst später umgesetzt wird, sollen der ProHa die entstandenen Kosten auf Grundlage des Schreibens der FHH vom 07.02.2024 nach Maßgabe dieses Vertrages erstattet werden. Die erbrachten und beauftragten Leistungen dienen der beschleunigten Klärung der Situation am Diebsteich, die sowohl im Interesse der ProHa als auch im wesentlichen

Interesse der FHH liegt. Zu diesem Zweck schließen die Vertragsparteien folgenden Zuwendungsvertrag:

§ 1 Zuwendungszweck

Zuwendungszweck sind die bereits erbrachten und noch zu erbringenden Planungsleistungen und die weiteren von der ProHa erbrachten, noch zu erbringenden, beauftragten und ggf. noch zu beauftragenden Leistungen für die Prüfung und Planung der Machbarkeit und Konkretisierung des Gründungsbauwerkes, welches so dimensioniert ist, dass die notwendigen Teile einer möglicherweise später zu errichtenden S-Bahnanlage des VET in den entsprechenden Baukörper integriert werden können. Planungsaufwendungen ausschließlich für das Mehrzweckgebäude inklusive Umplanungen des Mehrzweckgebäudes gegenüber der bisherigen Planung sowie etwaige Abstimmungsprozesse mit DB InfraGO hinsichtlich des Mehrzweckgebäudes (Sowiesokosten) sind nicht vom Zuwendungszweck umfasst.

§ 2 Art und Umfang der Zuwendung, Bewilligungszeitraum

- (1) Die Zuwendung erfolgt als Projektförderung nach § 46 LHO als nicht rückzahlbarer Zuschuss. Sie beträgt bis zu 1,5 Mio. Euro. Die zuwendungsfähigen Ausgaben betragen bis zu 1,5 Mio. Euro, bezogen auf die zuwendungsfähigen Ausgaben erfolgt die Zuwendung also als Vollfinanzierung. Etwaige Mehrausgaben gehen zu Lasten der ProHa. Mehreinnahmen oder Minderausgaben vermindern die Zuwendung um den vollen in Betracht kommenden Betrag.
- (2) Zuwendungsfähig sind Ausgaben, die für den Zuwendungszweck gemäß § 1 innerhalb des Bewilligungszeitraums (Absatz 3) anfallen. Ausgaben müssen getrennt von anderen Ausgaben der ProHa nachgewiesen werden. (Siehe dazu die Regelungen der "Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung" ANBest-P in Ziffer 1, Anlage 1). Den endgültigen Nachweis muss die ProHa durch Vorlage des Verwendungsnachweises (siehe § 5) erbringen.
- (3) Der Bewilligungszeitraum beginnt am 31.01.2024 und endet am 31.12.2024. Die Unterzeichnung des Eckpunktepapiers durch die FHH gilt als Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn.
- (4) Die Vertragsparteien gehen davon aus, dass die ProHa für die zuwendungsfähigen Ausgaben vorsteuerabzugsfähig ist und nur die Nettobeträge (ohne Umsatzsteuer) abgerufen werden. Sofern entgegen dieser Annahme die Vorzugsteuerabzugsfähigkeit der Ausgaben nicht gegeben ist und von der ProHa hierfür Umsatzsteuerbeträge rückwirkend zu entrichten sind (durch Änderung der rechtlichen Beurteilung z. B. im Rahmen einer steuerlichen Betriebsprüfung), werden die entsprechenden Umsatzsteuerbeträge seitens der FHH nachgezahlt, solange der Höchstbetrag der Zuwendung gemäß Absatz 1 dadurch nicht überschritten wird.

§ 3 Sonstige Bestimmungen

- (1) Für die Verwendung der Zuwendung gelten die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) vom 16. Juli 2024 (siehe Anlage 1), soweit in diesem Vertrag nichts Abweichendes geregelt ist.

- (2) Die ProHa hat für die Durchführung der Machbarkeitsuntersuchung zur veränderten Gründung des Mehrzweckgebäudes im Anschluss an die Unterzeichnung des Eckpunktepapiers ein Alleinstellungsmerkmal. Die notwendigen Planungen und Abstimmungen zwischen DB InfraGO und FHH erfordern eine Einbeziehung der Planungsbüros, die für die Planung des bisherigen Mehrzweckgebäudes durch die ProHa bereits beauftragt worden waren. Ziffer 3 der ANBest-P gilt daher für diese Beauftragungen nicht.
- (3) ProHa nimmt die Hinweise zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in **Anlage 2** zur Kenntnis.

§ 4 Mittelabruf

- (1) Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt auf schriftliche Anforderung auf Nachweis der IST-Kosten. Ziffer 1.4, Satz 1 der ANBest-P gilt nicht. (Formular Mittelabruf siehe **Anlage 3**).
- (2) Die Ist-Kosten der Eigen- und Fremdleistungen muss ProHa beim Mittelabruf durch die Vorlage von Rechnungen und Verträgen belegen. Alle Belege müssen eine eindeutige Zuordnung zum Zuwendungszweck enthalten. Bei Fremdleistungen sind bei der Mittelanforderung Verträge und Rechnungen vorzulegen. Die sogenannten Eigenleistungen der ProHa in Form von Personalkosten, die bei verbundenen Unternehmen des Zuwendungsempfängerin anfallen (HaspaPeb und Procom), sind in einer Aufstellung herzuleiten (mindestens Nennung Unternehmen, Funktion, Stunden, Kosten/Stunde, Einsatzmonat) und bei der Mittelanforderung ebenfalls in Form von Rechnungen oder gleichwertiger Unterlagen nachzuweisen.
- (3) Mit Abschluss dieses Vertrages legt die ProHa schnellstmöglich den Mittelabruf unter Vorlage der Unterlagen gemäß Absatz 2 vor:
 - per Post: Behörde für Verkehr und Mobilitätswende, Amt Verkehr, Referat VS 1 Netzentwicklung und Finanzierung, Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg,
 - parallel per E-Mail an bvm-zuwendungen@bvm.hamburg.de.

Die Vertragsparteien sind sich einig, dass die Zahlungen bis zum 15.12.2024 angestrebt werden sollen. Dafür müssen Mittelabruf(e) und Unterlagen bis zum 29.11.2024 bei der Behörde vorliegen.

§ 5 Verwendungsnachweis

- (1) Die Verwendung der Zuwendung ist gemäß Nr. 6 der ANBest-P spätestens sechs Monate nach Erfüllung des Zuwendungszweckes, spätestens jedoch mit Ablauf des sechsten auf den Bewilligungszeitraum folgenden Monats gegenüber der FHH nachzuweisen. In einem Sachbericht und in einem zahlenmäßigen Nachweis ist die Verwendung der Zuwendung nachvollziehbar und plausibel darzustellen. Alle Ausgaben für den Zuwendungszweck gemäß § 1 müssen im Verwendungsnachweis erfasst werden, sodass die Nachverfolgung in den Buchführungsunterlagen und separaten Abrechnungssystemen ermöglicht wird. Einzelheiten sind in Ziffer 6 der ANBest-P festgelegt.

- (2) Die Prüfung der Angemessenheit der Ansätze für Eigen- und Fremdleistungen durch eine von der Ingenieurkammer-Bau benannte sachverständige Person kann seitens der FHH verlangt werden.

§ 6 Hamburgisches Transparenzgesetz

- (1) Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) und wird nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht werden. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- (2) Sofern dieser Vertrag Betriebs- bzw. Geschäftsgeheimnisse der ProHa enthält, an deren Nichtverbreitung die ProHa ein berechtigtes Interesse gemäß § 7 HmbTG hat, stimmen die Parteien die entsprechenden Schwärzungsnotwendigkeiten ab. In diesem Fall wird die geschwärzte Version diesem Vertrag als **Anlage 4** beigefügt.

§ 7 Anlagen

Folgende Anlagen sind Bestandteil dieses Zuwendungsvertrages:

1. Anlage 1: Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) vom 16. Juli 2024
2. Anlage 2: Hinweise zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
3. Anlage 3: Formular Mittelabruf
4. Anlage 4: Geschwärzte Version des Vertrages

Datum und Unterschriften

Für die Freie und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 26.11.2024

ProHa Altona GmbH & Co.KG

Hamburg, den 25.11.24

Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)

Die Allgemeinen Nebenbestimmungen sind Bestandteil des Zuwendungsbescheids, soweit in ihm nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist. Sie enthalten Nebenbestimmungen im Sinne von § 36 des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (HmbVwVfG) bzw. von § 32 des Sozialgesetzbuchs - Zehntes Buch - (SGB X) und Erläuterungen.

Inhalt

1. Abforderung und Verwendung der Zuwendung.....	2
2. Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung	3
3. Vergabe von Aufträgen	4
4. Inventarisierungspflicht.....	6
5. Mitteilungspflichten der oder des Zuwendungsempfangenden	6
6. Nachweis der Verwendung	7
7. Prüfung der Verwendung	8
8. Erstattung der Zuwendung, Verzinsung	8
9. Haushaltswirtschaftlicher Widerrufsvorbehalt.....	9

VV zu § 46 LHO
Anlage 2 - ANBest - P -

1. Abforderung und Verwendung der Zuwendung

- 1.1 Die Zuwendung darf nur zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid bestimmten Zwecks verwendet werden.

Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.

Die oder der Zuwendungsempfängende muss sicherstellen, dass alle ihre oder seine Einnahmen und Ausgaben in klarer Zuordnung zum geförderten Projekt – auch in Abgrenzung zu anderen Projekten oder dem allgemeinen Geschäftsbetrieb – nachvollziehbar belegt werden können. Die Abgrenzung umfasst ggf. auch die Gemeinkosten und das Verfahren zu deren Umlage auf die einzelnen Projekte und den allgemeinen Geschäftsbetrieb.

- 1.2 Die eigenen Mittel und die mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen der oder des Zuwendungsempfängenden (insbesondere Zuwendungen, Leistungen Dritter) sind nach Maßgabe des Zuwendungsbescheids als Deckungsmittel einzusetzen.

- 1.3 Die oder der Zuwendungsempfängende darf ihre oder seine Beschäftigten finanziell nicht besser stellen als vergleichbare Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Freien und Hansestadt Hamburg, wenn

- der Gesamtbetrag der Zuwendung mehr als 50 000 Euro beträgt,
- die Personalausgaben 20 vom Hundert der zuwendungsfähigen Ausgaben übersteigen und
- die Gesamtausgaben der oder des Zuwendungsempfängenden überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanziert werden.

Höhere Entgelte als nach dem TVL sowie sonstige über- und außertarifliche Leistungen dürfen nicht gewährt werden.

Bei abweichenden tarifvertraglichen Regelungen findet das Verbot keine Anwendung, wenn die oder der Zuwendungsempfängende zu deren Einhaltung verpflichtet ist.

Beschäftigten sind die Mindestentgelte zu zahlen, die in Höhe und in Bezug auf den Zahlungszeitpunkt den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages genügen, an den die oder der Zuwendungsempfängende aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetz gebunden ist. Dies gilt entsprechend für andere gesetzliche Bestimmungen über Mindestentgelte. Soweit von der oder dem Zuwendungsempfängenden Leistungen vergeben werden, sind die Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer zu verpflichten, die Mindestentgeltvorschriften einzuhalten.

Beschäftigten ist mindestens der Lohn nach § 1 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz – MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), zuletzt geändert am 17. Februar 2016 (BGBl. I S. 203), in der jeweils geltenden Fassung zu zahlen.

- 1.4 Die Zuwendung darf nur insoweit und nicht eher abgefordert werden, als sie innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung für fällige Zahlungen zur Erfüllung des Zuwendungszwecks benötigt wird. Die Abforderung jedes Teilbetrages muss die zur Beurteilung des Mittelbedarfs erforderlichen Angaben enthalten.

- 1.5 Im Übrigen dürfen die Zuwendungen nur wie folgt in Anspruch genommen werden:
 - 1.5.1 bei Anteil- oder Festbetragsfinanzierung jeweils anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgebender und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln der oder des Zuwendungsempfängende,
 - 1.5.2 bei Fehlbedarfsfinanzierung außerdem erst, wenn die vorgesehenen eigenen und sonstigen Mittel der oder des Zuwendungsempfängenden verbraucht sind.
- 1.6 Ausgezahlte Zuwendungen, die am Jahresende nicht verbraucht wurden, sind - wenn für denselben Zweck Zuwendungen im Folgejahr bewilligt werden - auf die Abforderung zu Beginn des Folgejahres anzurechnen.
- 1.7 Zahlungen vor Empfang der Gegenleistung dürfen nur vereinbart oder bewirkt werden, soweit dies allgemein üblich oder durch besondere Umstände gerechtfertigt ist.
- 1.8 Im Bewilligungszeitraum nicht verbrauchte Zuwendungen dürfen nur nach Maßgabe des Zuwendungsbescheids verwendet werden. Andere Regelungen in Rechtsvorschriften bleiben unberührt.
- 1.9 Der Zuwendungsbescheid kann mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden, wenn sich herausstellt, dass der Zuwendungszweck nicht zu erreichen ist.
- 1.10 Die oder der Zuwendungsempfängende hat nachweisbar sicherzustellen, dass die bei der oder dem Zuwendungsempfängenden tätigen Beschäftigten personenbezogene Daten, auch nach Beendigung der Tätigkeit, vertraulich behandeln und diese nur verarbeiten, soweit dies rechtlich zulässig ist. Die mit dem Umgang personenbezogener Daten betrauten Personen sind auf die Verpflichtung zur Einhaltung der Datenschutzvorschriften hinzuweisen, vgl. Artikel 29, 32 Absatz 4 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO).

2. Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung

- 2.1 Ermäßigen sich nach der Bewilligung die im Finanzierungsplan veranschlagten Gesamtausgaben, erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so vermindert sich die Zuwendung
 - 2.1.1 bei Anteilfinanzierung anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgebender und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln der oder des Zuwendungsempfängende,
 - 2.1.2 bei Fehlbedarfs- und Vollfinanzierung um den vollen in Betracht kommenden Betrag,
 - 2.1.3 bei Festbetragsfinanzierung, wenn sich die zuwendungsfähigen Ausgaben auf einen Betrag unterhalb der Zuwendung ermäßigen, auf die Höhe der tatsächlichen zuwendungsfähigen Ausgaben.
- 2.2 In den Fällen der Nrn. 2.1.1 und 2.1.2 vermindert sich die Zuwendung nur, soweit nicht eine Verwendung nicht verbrauchter Zuwendungen oder sonstige Verwendungszwecke im Zuwendungsbescheid zugelassen sind.

VV zu § 46 LHO
Anlage 2 - ANBest - P -

- 2.3 Die oder der Zuwendungsempfängende hat nach der Erfüllung des Zuwendungszwecks ihr bzw. ihm verbleibende Mittel aus Minderausgaben oder Mehreinnahmen, die nach Nr. 2.1.1 bis 2.1.3 auf die Zuwendung mindernd anzurechnen sind, unverzüglich – spätestens mit Vorlage des Verwendungsnachweises – zu erstatten.

3. Vergabe von Aufträgen

- 3.1 Wertgrenzen ¹ für das Vergabeverfahren (unterhalb der EU-Schwellenwerte)
Aufträge sind nach folgenden Regeln zu vergeben, wobei die zu Beginn des Vergabeverfahrens jeweils geltende Fassung der genannten Vorschriften anzuwenden ist:

3.1.1 Aufträge für Liefer- und Dienstleistungen (ohne freiberufliche Leistungen)

- 3.1.1.1 Aufträge für Liefer- und Dienstleistungen bis zu einem geschätzten Gesamtauftragswert von 5 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) können unter Berücksichtigung der Grundsätze der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung ohne Durchführung eines Vergabeverfahrens vergeben werden.

- 3.1.1.2 Für Aufträge für Liefer- und Dienstleistungen von mehr als 5 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) bis zu einem geschätzten Gesamtauftragswert von 100 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) sind unter Berücksichtigung der Grundsätze der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung in der Regel mindestens drei geeignete Unternehmen zur Abgabe eines Angebots aufzufordern. Die aufzufordernden Unternehmen dürfen nicht in entsprechender Anwendung der §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vom Wettbewerb ausgeschlossen sein. Die Auswahlgründe sind zu dokumentieren. Sofern weniger als drei geeignete Unternehmen zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden, ist dies zu begründen. Die wettbewerblichen Grundsätze von Transparenz, Wirtschaftlichkeit, Verhältnismäßigkeit und Gleichbehandlung sind zu wahren.

- 3.1.1.3 Unterhalb des EU-Schwellenwertes ist bei der Vergabe von Aufträgen für Liefer- und Dienstleistungen mit einem geschätzten Gesamtauftragswert von mehr als 100 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) die Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge (Unterschwellenvergabeordnung – UVgO) anzuwenden, sofern auch der Gesamtbetrag der Zuwendung 50 000 Euro übersteigt; andernfalls ist Nr. 3.1.1.2 anzuwenden.

3.1.2 Freiberufliche Leistungen

Freiberufliche Leistungen von Architekten, Ingenieuren und Bausachverständigen sind in entsprechender Anwendung der Ziffer 5 des Bauhandbuchs (VV-Bau) zu vergeben.

Andere freiberufliche Leistungen sind in entsprechender Anwendung von Nr. II. 6 der Hamburgischen Vergaberichtlinie (HmbVgRL) zu vergeben.

¹ Für die Schätzung von Auftragswerten ist § 3 Vergabeverordnung anzuwenden.

3.1.3 Aufträge für Bauleistungen

3.1.3.1 Bauleistungen bis zu einem voraussichtlichen Auftragswert von 10 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) können unter Berücksichtigung der Grundsätze der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung ohne Durchführung eines Vergabeverfahrens vergeben werden.

3.1.3.2 Für Aufträge für Bauleistungen von mehr als 10 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) bis zu einem geschätzten Gesamtauftragswert von 100 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) sind unter Berücksichtigung der Grundsätze der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung in der Regel mindestens drei geeignete Unternehmen zur Abgabe eines Angebots aufzufordern. Die aufzufordernden Unternehmen dürfen nicht in entsprechender Anwendung der §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vom Wettbewerb ausgeschlossen sein. Die Auswahlgründe sind zu dokumentieren. Sofern weniger als drei geeignete Unternehmen zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden, ist dies zu begründen. Die wettbewerblichen Grundsätze von Transparenz, Wirtschaftlichkeit, Verhältnismäßigkeit und Gleichbehandlung sind zu wahren.

3.1.3.3 Unterhalb des EU-Schwellenwertes ist bei der Vergabe von Aufträgen für Bauleistungen mit einem geschätzten Gesamtauftragswert von mehr als 100 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) Abschnitt 1 der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A) anzuwenden, sofern auch der Gesamtbetrag der Zuwendung 100 000 Euro übersteigt; andernfalls ist Nr. 3.1.3.2 anzuwenden. Aufträge bis zu einem geschätzten Gesamtauftragswert von 150 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) können im Rahmen einer „freihändigen Vergabe“ und Aufträge bis 1 000 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) können im Rahmen der „Beschränkten Ausschreibung“ vergeben werden. Sind diese Aufträge Teil einer Gesamtmaßnahme und liegt der geschätzte Gesamtauftragswert über 150 000 Euro bzw. 1 000 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) aber unterhalb des EU-Schwellenwertes, gilt bei Losvergaben die „80/20-Regel“ des § 3 Absatz 9 Vergabeverordnung entsprechend.

3.2 Vergabeverfahren ab EU-Schwellenwert

Soweit der jeweilige EU-Schwellenwert erreicht wird, sind bei der Vergabe von Aufträgen für Liefer- und Dienstleistungen mit Ausnahme der §§ 155 bis 184 die Bestimmungen des vierten Teils des GWB sowie die Vergabeverordnung und bei der Vergabe von Aufträgen für Bauleistungen der 2. Abschnitt der VOB/A anzuwenden.

Für freiberufliche Leistungen ist Nr. 3.1.2 zu beachten.

3.3 Sektorenauftraggeber

Bei Auftraggebern nach § 100 GWB gilt ab Erreichen des EU-Schwellenwertes für Aufträge, die im Zusammenhang mit Tätigkeiten auf dem Gebiet der Trinkwasser- oder Energieversorgung oder des Verkehrs (Sektorentätigkeiten) vergeben werden, die Sektorenverordnung; bei Aufträgen unterhalb der Schwellenwerte nach § 106 GWB haben die Auftraggeber die Regelungen der Sektorenverordnung entsprechend

VV zu § 46 LHO
Anlage 2 - ANBest - P -

anzuwenden, wenn der geschätzte Gesamtauftragswert mehr als 100 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt.

Im Übrigen sind bei der Anwendung der Sektorenverordnung die Regelungen gemäß Nr. 3.1.3 entsprechend anzuwenden, mit der Maßgabe, dass eine Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb bis zu einem Gesamtauftragswert in Höhe von 300 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) anzuwenden ist.

Bis 10 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) ist Nr. 3.1.3.1 anzuwenden.

Bis 300 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) ist Nr. 3.1.3.2 anzuwenden.

Bei Aufträgen für freiberufliche Leistungen unterhalb der Schwellenwerte nach § 106 GWB haben die Auftraggebenden die Regelungen der Sektorenverordnung in der jeweils geltenden Fassung entsprechend anzuwenden.

3.4 Weitere Regelungen

Weitergehende Bestimmungen, die die Zuwendungsempfangende oder den Zuwendungsempfangenden zur Anwendung von Vergabevorschriften verpflichten, bleiben unberührt.

4. Inventarisierungspflicht

4.1 Die oder der Zuwendungsempfangende darf über Gegenstände, die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks erworben oder hergestellt werden, vor Ablauf der im Zuwendungsbescheid festgelegten zeitlichen Bindung nicht frei verfügen.

4.2 Die oder der Zuwendungsempfangende hat die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks beschafften Gegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 800 Euro (ohne Umsatzsteuer) übersteigen, zu inventarisieren. Soweit die Freie und Hansestadt Hamburg Eigentümerin ist oder wird oder dingliche Rechte hat, sind die Gegenstände in dem Inventar besonders zu kennzeichnen.

5. Mitteilungspflichten der oder des Zuwendungsempfangenden

Die oder der Zuwendungsempfangende ist verpflichtet, es unverzüglich der Bewilligungsbehörde anzuzeigen, wenn

5.1 sie oder er nach Vorlage des Finanzierungsplans weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen beantragt oder von ihnen erhält,

5.2 für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen, insbesondere der im Zuwendungsbescheid beschriebene Zuwendungszweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist,

5.3 die abgeforderten oder ausgezahlten Beträge nicht innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verbraucht werden können,

- 5.4 aus der Zuwendung beschaffte oder hergestellte Gegenstände innerhalb der im Zuwendungsbescheid festgelegten zeitlichen Bindung nicht mehr entsprechend dem Zuwendungszweck verwendet oder nicht mehr benötigt werden,
- 5.5 ein Insolvenzverfahren gegen sie oder ihn beantragt oder eröffnet wird.
- 5.6 Sofern der Beginn der Bindungsdauer entsprechend der Regelung im Bescheid nicht an eine bestimmte Datumsangabe, sondern an ein anderes auslösendes Ereignis, z. B. Fertigstellung eines Bauprojekts, geknüpft ist, hat die oder der Zuwendungsempfangende die Bewilligungsbehörde unverzüglich über den Eintritt des Ereignisses zu informieren.

6. Nachweis der Verwendung

- 6.1 Die Verwendung der Zuwendung ist innerhalb von sechs Monaten nach Erfüllung des Zuwendungszwecks, spätestens jedoch mit Ablauf des sechsten auf den Bewilligungszeitraum folgenden Monats der Bewilligungsbehörde nachzuweisen (Verwendungsnachweis), soweit im Zuwendungsbescheid keine abweichenden Fristen bestimmt sind. Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis sowie den ggf. im Zuwendungsbescheid genannten weiteren Unterlagen.
- 6.2 In dem Sachbericht sind nach Maßgabe des Zuwendungsbescheids die Verwendung der Zuwendung sowie das erzielte Ergebnis im Einzelnen darzustellen.
- 6.3 In dem zahlenmäßigen Nachweis sind alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (Zuwendungen, Leistungen Dritter), eigene Mittel und Ausgaben entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans summarisch auszuweisen. Soweit die oder der Zuwendungsempfangende die Möglichkeit zum Vorsteuerabzug nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes hat, dürfen die Entgelte nur ohne Umsatzsteuer berücksichtigt werden.
- 6.4 Mit dem Nachweis sind auf Anforderung der Bewilligungsbehörde die Belege (Einnahme- und Ausgabebelege) über die Einzelzahlungen und die Verträge über die Vergabe von Aufträgen vorzulegen.

Die Belege müssen die im Geschäftsverkehr üblichen Angaben und Anlagen enthalten, die Ausgabebelege insbesondere die Zahlungsempfangende oder den Zahlungsempfangenden, Grund und Tag der Zahlung und bei Gegenständen den Verwendungszweck.
- 6.5 Im Verwendungsnachweis ist zu bestätigen, dass die Ausgaben notwendig waren, dass wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und die Angaben mit den Büchern und den Belegen übereinstimmen und die Auflagen (z. B. Besserstellungsverbot, Mindestlohn) eingehalten worden sind sowie die Richtigkeit der Eintragungen und des Abschlusses.
- 6.6 Die oder der Zuwendungsempfangende hat die in Nr. 6.4 genannten Belege und Verträge sowie alle sonst mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen (vgl. Nr. 7.1 Satz 1) sechs Jahre aufzubewahren, sofern nicht nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften eine längere

Aufbewahrungsfrist bestimmt ist. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem der Verwendungsnachweis vorgelegt worden ist. Zur Aufbewahrung können auch Bild- oder Datenträger verwendet werden.

- 6.7 Ist der Zuwendungszweck nicht bis zum Ablauf des Haushaltsjahres erfüllt, ist innerhalb von vier Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres über die in diesem Jahr erhaltenen Beträge ein Zwischennachweis zu führen und der Bewilligungsbehörde zu übermitteln, sofern der Bewilligungszeitraum insgesamt 18 Monate übersteigt (mehrfährige Zuwendung).

Dieser besteht aus dem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis, in dem Einnahmen und Ausgaben entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans summarisch auszuweisen sind sowie den ggf. im Zuwendungsbescheid genannten weiteren Anforderungen.

7. Prüfung der Verwendung

- 7.1 Die Bewilligungsbehörde (einschließlich der für sie zuständigen Vorprüfungsstelle) ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen – auch unangemeldet – zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Die oder der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen ordnungsgemäß und prüfbar bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

Hierzu gehört auch die Weitergabe personenbezogener Daten ihrer bzw. seiner Beschäftigten, soweit sie für die Prüfung der Verwendung der Zuwendung nach den Bedingungen des Zuwendungsbescheids herangezogen werden müssen. Die Beschäftigten sind über die Weitergabe der Daten zu unterrichten.

- 7.2 Der Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg ist nach § 84 der Landeshaushaltsordnung (LHO) ² berechtigt, bei der oder dem Zuwendungsempfänger zu prüfen.

8. Erstattung der Zuwendung, Verzinsung

- 8.1 Die Zuwendung ist zu erstatten, soweit ein Zuwendungsbescheid nach dem HmbVwVfG (§§ 43 bis 49a) bzw. nach dem SGB X (§§ 44 bis 47 und 50) mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen oder sonst unwirksam wird.

² Zu ANBest – P, Nr. 7.2

§ 84 Abs. 1 (Auszug) und Abs. 2 LHO lauten: „(1) Der Rechnungshof ist berechtigt, bei Stellen außerhalb der Verwaltung zu prüfen, wenn sie (...) von der Freien und Hansestadt Hamburg Zuwendungen erhalten. Leiten diese Stellen die Mittel an Dritte weiter, so kann der Rechnungshof auch bei diesen prüfen. (2) Die Prüfung erstreckt sich auf die bestimmungsgemäße und wirtschaftliche Verwaltung und Verwendung. Bei Zuwendungen kann sie sich auch auf die sonstige Haushalts- und Wirtschaftsführung der Empfängerin oder des Empfängers erstrecken, soweit es der Rechnungshof für seine Prüfung für notwendig hält.“

- 8.2 Nr. 8.1 gilt insbesondere, wenn
 - 8.2.1 die Ausgaben sich nachträglich ermäßigen oder eine Änderung der Finanzierung nach Nr. 2 eingetreten ist,
 - 8.2.2 die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist oder
 - 8.2.3 die Zuwendung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck oder unwirtschaftlich verwendet wird; dasselbe gilt für aus der Zuwendung beschaffte Gegenstände.
- 8.3 Ein Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit kann auch in Betracht kommen, soweit die oder der Zuwendungsempfängende
 - 8.3.1 Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, insbesondere den vorgeschriebenen Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig vorlegt sowie Mitteilungspflichten nicht rechtzeitig nachkommt oder
 - 8.3.2 die Zuwendung nicht innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet.
- 8.4 Werden Zuwendungen nicht innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht zurückgenommen oder widerrufen, können für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB jährlich verlangt werden. Entsprechendes gilt, soweit die Zuwendung in Anspruch genommen wird, obwohl andere Mittel anteilig oder vorrangig einzusetzen sind.

9. Haushaltswirtschaftlicher Widerrufsvorbehalt

Die Bewilligungsbehörde behält sich vor, den Zuwendungsbescheid ganz oder teilweise zu widerrufen, wenn sie sich aus haushaltswirtschaftlichen Gründen dazu gezwungen sieht. Sollte die Bewilligung während der Geltungsdauer des Bescheids widerrufen werden, wird sich der Widerruf nicht auf Teile der Zuwendung erstrecken, für die die oder der Zuwendungsempfängende im Vertrauen auf den Bestand des Bescheids Rechtsverpflichtungen eingegangen ist.

Hinweise zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die Freie und Hansestadt Hamburg verarbeitet (erhebt, speichert, verwendet und übermittelt) personenbezogene Daten. Die Daten werden für die Zuwendungsbearbeitung gemäß § 46 Landeshaushaltsordnung (LHO), der Veröffentlichung von Zuwendungsdaten gemäß dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG), den Zahlungsverkehr sowie zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben in Bürgerschaftsdrucksachen genutzt.

Eine Weitergabe an andere Personen oder Stellen erfolgt nur dann, wenn Sie dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.

Wenn die Kenntnis dieser Daten zur Erfüllung des mit der Speicherung verfolgten Zwecks nicht mehr erforderlich ist, erfolgt die Löschung nach Ablauf der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen.

Auf Ihre Rechte zu Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch bezüglich aller Ihrer verarbeiteten personenbezogenen Daten weisen wir Sie an dieser Stelle ausdrücklich hin. Rechtsgrundlagen hierfür sind die Artikel 15 bis 21 DSGVO.

Verantwortlich im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ist die:

Fachliche Leitstelle für das IT-Zuwendungsverfahren der Kasse.Hamburg,

Bahrenfelder Straße 254-260,

22765 Hamburg.

Telefon +49 40 428 23 – 1900

E-Mail: info@kasse.hamburg.de

Den Datenschutzbeauftragten der Finanzbehörde erreichen Sie unter:

Gänsemarkt 36,

20354 Hamburg.

Telefon +49 40 428 23 - 0

E-Mail: fbbehoerdlichedatenschutzbeauftragte@fb.hamburg.de

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung sind Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben c und e DSGVO in Verbindung mit § 4 Hamburgisches Datenschutzgesetz (HmbDSG).

Weitergehende Informationen zur DSGVO finden Sie unter www.hamburg.de/kasse unter DOWNLOADS Datenschutzerklärung (DSGVO).

Antrag auf Auszahlung bzw. Abschlagszahlung

Bitte in zweifacher Ausfertigung einreichen
bitte ausfüllen/Nichtzutreffendes bitte streichen

Hamburg, den

Name, Anschrift, der Antragstellerin/ des Antragstellers

Telefon:

An die
Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Verkehr und Mobilitätswende
Amt Verkehr
Zuwendungen
Referat VS 1
Alter Steinweg 4
20459 Hamburg

Bankverbindung der Antragstellerin/ des Antragstellers

Mittelanforderung

Wir beantragen eine Auszahlung bzw. Abschlagszahlung auf das o.g. Konto i.H.v.: €.

für das Vorhaben:

Anspruchsgrundlage für die Mittelanforderung
ist der bestandskräftig gewordene:

Insgesamt bereits verausgabte Beträge: €

Höhe der bewilligten Zuwendung insgesamt max.: €

Höhe der bisherigen Zahlungen einschließlich der aktuellen Mittelanforderung:

Raten	Datum	Zahlungen	Gesamt - Summen
Angaben in €			
1. Rate		aktuell beantragt	
2. Rate			

Die Zahlungen werden benötigt für folgende Ausgaben:

	Zahlungszweck	Datum	Gesamt-Betrag	zuwendungsfähiger Betrag
Angaben in €				
1				
2				
3				

Hiermit erklärt die Antragstellerin/ der Antragsteller, dass:

- ☐ die Zuwendungen nur zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid nach Umfang, Qualität und Zielsetzung bestimmten Zwecks wirtschaftlich und sparsam verwendet werden (ANBest-P Nr. 1.1),
- ☐ die Zuwendungen nur für Ist-Kosten im Rahmen des Zuwendungszwecks gem. § 1 des Zuwendungsvertrages verwendet werden,
- ☐ die entsprechenden Nachweise mit dem Mittelabruf vorgelegt werden,
- ☐ die im Zuwendungsbescheid enthaltenen Auflagen und/oder Bedingungen eingehalten worden sind,
- ☐ dem Ausgabenstand/den Zahlungsanforderungen entsprechende Bau/Leistungen gegenüberstehen.

(Rechtsverbindliche Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers)